

Neudruck

Antrag

der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Generationenaufgabe länderübergreifend planen und Masterplan gegen die Verockerung der Spree und ihrer Zuflüsse erarbeiten

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, das Sofortprogramm gegen die weitere Verockerung der Spree und ihrer Zuflüsse zu einem länderübergreifenden Masterplan weiterzuentwickeln. Hierbei sind gemeinsam mit dem Freistaat Sachsen und dem Land Berlin sowie in Kooperation mit der Lausitzer- und Mitteldeutschen Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) als zuständiger Bergbausanierer chemisch-ökologische (Zwischen-)Ziele sowie mittel- und langfristige Maßnahmen für den Spreenord- und -südraum festzulegen, mit denen die bergbaubedingte Freisetzung von Eisenhydroxid in den Lausitzer Braunkohletagebauebenen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten verringert werden.

Bei der Festlegung von Maßnahmen müssen künftig auch die Wirkungen und mögliche Folgewirkungen stärker im Vorfeld betrachtet werden. Dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf die Einhaltung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Da sich die Maßnahmen gegen die Verockerung immer weiter auf die Austrittsquellen des Eisenhydroxids orientieren und damit kleinteiliger und spezifischer werden, sollen die wissenschaftlichen Einrichtungen insbesondere aus Brandenburg, Berlin und Sachsen stärker als bislang in die Maßnahmenplanung einbezogen werden. Anschließend soll die Landesregierung den Entwurf des Masterplans mit gesellschaftlich relevanten Gruppen, wie z.B. dem Aktionsbündnis Klare Spree e.V., diskutieren und abstimmen.

Die Landesregierung wird außerdem gebeten, sich in den anstehenden Verhandlungen rechtzeitig für eine ausreichende finanzielle Ausstattung des Verwaltungsabkommens zur Finanzierung der Braunkohlesanierung für die Zeit nach 2017 einzusetzen, sodass für die in den nächsten Jahrzehnten erforderliche Sanierung und Revitalisierung des berlin-brandenburgischen und sächsischen hydrologischen Systems eine auskömmliche Finanzierung zur Verfügung steht. Neben der Belastung des Grundwassers und der Fließgewässer mit Eisenhydroxid und Sulfat betrifft dies u.a. auch die mit dem Grundwasserwiederanstieg verbundenen Folgen für Siedlungen und die Infrastruktur sowie die Herstellung von Tagebauseen.

Über das jeweilige Verhandlungsergebnis sind die für Wirtschaft und Energie sowie Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft zuständigen Fachausschüsse

des Landtages Brandenburg jeweils zeitnah zu informieren.

Begründung:

Das vom Landtag Brandenburg im Januar 2013 beschlossene Sofortprogramm mit kurzfristigen Maßnahmen gegen die Verockerung der Spree und zum Schutz des Biosphärenreservats Spreewald hat zur Umsetzung zahlreicher Maßnahmen gegen die Verockerung der Spree und ihrer Zuflüsse geführt. Durch die Beräumung des Eisenoockerschlamms in Gewässern, die Inbetriebnahme von Grubenwasserreinigungsanlagen und die Behandlung von Gewässern mit Kalksuspensionen konnte der Eisengehalt vielerorts gesenkt werden. Der Orientierungswert von 3,0 mg/l Eisen wird jedoch nach wie vor in einigen Fließgewässern überschritten, sodass weitere Maßnahmen erforderlich sind.

Jetzt ist es an der Zeit, das Sofortprogramm zu einem langfristigen Masterplan fortzuschreiben, der genaue Maßnahmen und Ziele für die nächsten Jahre und Jahrzehnte festlegt. Dies wird auch vom Aktionsbündnis Klare Spree e.V. gefordert. Dabei ist wichtig, dass der Masterplan länderübergreifend und gemeinsam mit der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) erarbeitet wird. Da sich die Maßnahmen gegen die Verockerung immer weiter auf die Austrittsquellen des Eisenhydroxids orientieren und damit kleinteiliger und spezifischer werden, müssen auch die wissenschaftlichen Einrichtungen insbesondere aus der Region stärker in die Maßnahmenplanung einbezogen werden.

Ein Masterplan gegen die Verockerung der Spree und ihrer Zuflüsse ist zudem ein gutes Argument der Länder, um gegenüber dem Bund ein weiteres Verwaltungsabkommen zur Braunkohlesanierung ab 2017 (dann Verwaltungsabkommen VI) zu rechtfertigen. Nur mit einer guten finanziellen Ausstattung wird die LMBV auch weiterhin in der Lage sein, in den nächsten Jahren geeignete Maßnahmen umzusetzen und die Qualität der Spree und ihrer Zuflüsse zu verbessern, bergbaubedingte Einträge von Eisenhydroxid und Sulfat zu verringern und sensible Ökosysteme, wie z.B. das Biosphärenreservat Spreewald, zu bewahren.

Ingo Senftleben
für die CDU-Fraktion

Axel Vogel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN